

KURZ NOTIERT

von Anke Timmann

Die Autorin ist Dozentin an der Akademie für internationale Zusammenarbeit (AIZ) der GIZ und bereitet Fachkräfte der Entwicklungszusammenarbeit auf ihren Einsatz in Laos vor.

■ Neue Armutswelle durch wenig Transparenz bei der Landvergabe

Ein Teil der laotischen Bevölkerung droht durch Zwangsumsiedelungen, verbunden mit Landnahme, weiter in die Armut abzurutschen. Für die ländliche Bevölkerung ist eine Umsiedlung in urbane Gebiete zumeist verknüpft mit einem signifikanten Anstieg der Armuts- und Sterblichkeitsraten sowie zunehmenden Konflikten zwischen den Gemeinschaften. In der Regel sind diese Bevölkerungsgruppen kaum vertraut mit dem Geschäftsprozedere von Landnutzungsverhand-

lungen, es fehlen zudem alternative Fertigkeiten zur Sicherung des Lebensunterhaltes im städtischen Bereich. Eine angemessene Entschädigung für die Vertriebenen wird in den wenigsten Fällen gezahlt. Seit 2010 sind offiziellen Angaben zufolge 1,1 Millionen Hektar Land – fünf Prozent der gesamten ackerbaren Landfläche – in annähernd 2.600 Verträgen für umfangreiche Entwicklungsprojekte verteilt worden. Experten vermuten, dass die tatsächliche Zahl dreimal höher ist.

Auf der Suche nach attraktivem Auslandskapital bietet die Regierung ausländischen Investoren extrem vorteilhafte Deals an. Die Inverstoren machen zweifachen Gewinn, indem sie das Nutzholz verkaufen, bevor sie das Land für andere Projekte nutzen. Die bestehende Gesetzeslage ist ausreichend, das Problem liegt in der Umsetzung.

Integrated Regional Information Networks 22.5.2014

■ Human Rights Watch verurteilt Menschenrechtslage in Laos

Zur Sitzung des UN-Menschenrechtsrats in Genf im Januar 2015 muss Laos einen zweiten *Universal Periodic Review* (UPR) vorlegen. Dieser wird mit Auflagen aus dem ersten UPR 2010 verglichen. Laut *Human Rights Watch* (HRW) bedürfen insbesondere das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit verstärkter internationaler Aufmerksamkeit. Noch immer verbietet das laotische Strafgesetzbuch Handlungen, die aus Regierungssicht

den Staat verleumden oder ihn schwächen. Alle Medien werden strikt kontrolliert, unabhängige Gewerkschaften existieren nicht. HRW kritisiert auch die gängige Praxis des Einsperrens von Drogenabhängigen in Entzugseinrichtungen. Die Abhängigen werden oft monate- oder sogar jahrelang ohne Verhandlung und gegen ihren Willen eingesperrt und misshandelt und erhalten keine angemessene medizinische Behandlung. Besondere Erwähnung fanden die Fälle von

Sombath Somphone und Sompawn Khantisouk, die beide in zivilgesellschaftlichen Organisationen aktiv waren. Sombath verschwand 2012 in Vientiane, Sompawn 2007 in Luang Namtha. Bisher sind wenige Bemühungen sichtbar, die systematischen Menschenrechtsverletzungen anzugehen.

*Human Rights Watch 10.6.2014
International Service for Human Rights 2.6.2014*

■ Diskussion über Erhöhung des Mindestlohns

In Laos wird über eine Anhebung des Mindestlohns diskutiert. Es wäre die sechste seit 1991. Die Lebenshaltungskosten sind gestiegen, die Inflation liegt bei knapp fünf Prozent. Die Mitglieder der *Lao Federation of Trade Unions* erhoffen sich mit der Erhöhung der Löhne eine Verbesserung des Lebensstandards sowie, dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken. Im Gespräch ist eine Erhöhung auf 800.000 Kip (knapp 75 Euro) pro Monat. Bei der letzten Anhebung 2011 war

der Mindestlohn von 348.000 Kip um 80 Prozent auf 626.000 Kip (knapp 60 Euro) erhöht worden. Die Industrie- und Handelskammer möchte beteiligte Sektoren und private Unternehmen vor einer Entscheidung konsultieren. Forderungen an die Regierung nach einem System zur Festlegung von Warenpreisen wurden laut, um unangemessene Preissteigerungen zu verhindern. In den Verhandlungen sprachen sich die meisten der Beteiligten für die Erhöhung des Mindestlohns aus

und suchten gleichzeitig nach Lösungen, um mögliche negative Auswirkungen zu vermeiden. Bisher wurden in einigen Unternehmen erhöhte Löhne nicht ausgezahlt oder durch Kürzungen von Zuschüssen in anderen Bereichen wieder eingespart, wohingegen in den Bereichen Bau, Elektrizität und Bergbau bereits mehr als der vorgeschriebene Mindestlohn bezahlt wird.

Vientiane Times 30.6.2014